Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2020

Nr. 270

ausgegeben am 4. September 2020

Kundmachung

vom 1. September 2020

der Abänderung der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen

Gestützt auf Art. 3 Bst. c und Art. 10 Abs. 1 des Kundmachungsgesetzes vom 17. April 1985, LGBL 1985 Nr. 41, macht die Regierung im Anhang die Abänderung der Ausführungsordnung vom 7. Dezember 2006 zum Europäischen Patentübereinkommen (AO EPÜ 2000), LGBL 2007 Nr. 319, kund.

Fürstliche Regierung:

gez. *Adrian Hasler*

Fürstlicher Regierungschef

Änderung der Regel 142 der Ausführungsordnung

Vom Verwaltungsrat angenommen am 26. März 2020

Inkrafttreten: 1. Juli 2020

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation, gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend "EPÜ" genannt), insbesondere auf Art. 33 Abs. 1 Bst. c, auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts, nach Stellungnahme des Ausschusses "Patentrecht", beschliesst:

Art. 1

Regel 142 Abs. 2 der Ausführungsordnung zum EPÜ erhält folgende Fassung:

"2) Wird dem Europäischen Patentamt bekannt, wer in den Fällen des Abs. 1 Bst. a oder b berechtigt ist, das Verfahren fortzusetzen, so teilt es dieser Person und gegebenenfalls den übrigen Beteiligten mit, dass das Verfahren nach Ablauf einer zu bestimmenden Frist wiederaufgenommen wird. Wenn dem Europäischen Patentamt drei Jahre nach der Bekanntmachung des Tags der Unterbrechung im Europäischen Patentblatt nicht bekannt geworden ist, wer berechtigt ist, das Verfahren fortzusetzen, kann es einen Zeitpunkt festsetzen, zu dem es beabsichtigt, das Verfahren von Amts wegen wiederaufzunehmen."

Art. 2

- 1) Dieser Beschluss tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.
- 2) Die mit Art. 1 dieses Beschlusses geänderte Regel 142 Abs. 2 gilt für alle Verfahren, die an diesem Datum bereits unterbrochen sind oder ab diesem Datum unterbrochen werden.

Geschehen zu München am 26. März 2020.

Für den Verwaltungsrat:
Der Präsident, Josef Kratochvíl